

Herbe Kritik an Couchepins Verdikt

Beim Bundesratsentscheid gegen die Komplementärmedizin wurde ein Forschungsprogramm nicht korrekt beendet. Dies rügt der internationale Beirat. Nun lancieren Experten die Debatte.

Von *Bruno Vanoni, Bern*

Als Bundesrat Pascal Couchepin im Juni fünf Behandlungsmethoden aus der obligatorischen Krankenversicherung kippte, übergang er Resultate eines sechsjährigen Forschungsprojekts: Das Programm Evaluation Komplementärmedizin (PEK) hatte zumindest für drei Methoden positive Befunde ergeben. Im Entwurf des Schlussberichts hatte es denn auch geheissen, Homöopathie, Phytotherapie und antroposophische Medizin sollten in der Grundversicherung bleiben.

Vorgehen «einstimmig missbilligt»

Weil Couchepin den Entscheid nach seinem Gusto fällen wollte, kam es auch nie zu einem korrekten Abschluss des Forschungsprogramms. Dies beanstandet nun der internationale Beirat (Review Board), der die vom Bund finanzierte PEK-Forschungen seit 1998 wissenschaftlich begleitet hatte: Es hätte zum «normalen Verfahren» gehört, dass das Review Board abschliessende Berichtsentwürfe kommentieren kann, bevor diese öffentlich zugänglich und zur Basis für eine politische Entscheidung gemacht werden.

Die sechs Mitglieder des Beirats, darunter Schlussbericht-Mitautor Reiner Eichenberger haben ihre Kritik zwar in eine zurückhaltende Wissenschaftersprache gekleidet. Doch auch so bleibt kein Zweifel an der Schärfe ihrer Kritik. Der PEK-Prozess sei am Schluss von einem Vorgehen abgewichen, das auf Grund üblicher Standards zu erwarten gewesen sei. «Das Review Board missbilligt einstimmig, dass normale Verfahrensregeln umgestossen wurden», heisst es in der Konsens-Erklärung der sechs Fachleute aus Dänemark, England, Deutschland und der Schweiz.

Besonders kritisiert wird darin die Tatsache, dass das auftraggebende Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine abschliessende Sitzung des Review Board absagte und erst mit Verspätung nach öffentlichem Druck wieder einberief. Über die dabei vorgebrachte Kritik habe das BAG bis heute kein Protokoll erstellt, klagt das deutsche Beiratsmitglied Harald Walach.

Vom Bund Unterstützung verlangt

Auch wenn sich die sechs Mitglieder in ihrer Beurteilung nicht in allen Punkten einig sind – weitere Forschungen und wissenschaftliche Debatten finden alle nötig. Weiter sollten alle PEK-Daten und – Studien veröffentlicht werden ? und zwar ohne Belastung der Forscher. Vielmehr solle das BAG weitere Unterstützung leisten. Doch dieses hat sich darauf beschränkt, den Schlussbericht und einzelne Studien im Internet zugänglich zu machen.

Einen gedruckten Schlussbericht, wie er bei vergleichbaren Forschungsprojekten des Nationalfonds üblich ist, gibt es nicht – obwohl das nötige Geld dafür dank nicht ausgeschöpftem PEK-Kredit vorhanden wäre. Auch eine Abschlusstagung, an der die Forschungsergebnisse öffentlich diskutiert werden könnten, will Couchepins Gesundheitsamt nicht organisieren. Deshalb haben nun zwei Vertreter des PEK-Lenkungsausschusses selber die Initiative ergriffen: Dieter Melchart, Schulmediziner und Dozent für Naturheilkunde in Zürich, und Pedro Koch, früher im Bundesamt für Sozialversicherungen fürs PEK verantwortlich, laden am Abend des 8. Dezember zu einem öffentlichen PEK-Symposium ans Zürcher Universitätsspital.

BAG schlägt Einladung zu Debatte aus

An dieser wissenschaftlichen Debatte über Probleme bei der Evaluation der Komplementärmedizin wirken die PEK-Beiräte Klaus Linde (München) und Harald Walach (zurzeit in Northampton) mit. Die Verfasser der umstrittenen Berner Studie, die der Homöopathie keine bessere Wirkung als einen Placebo-Effekt zugeschrieben hat, haben eine Teilnahme abgelehnt – wegen einer Terminkollision mit eigenen Veranstaltungen und auch wegen des «einseitigen» Ansatzes des Symposiums, wie Koautor Matthias Egger sagt. Er fände es gut, wenn das BAG zur Reflexion über das PEK einladen würde.

Doch das Bundesamt scheint keine Lust auf solche Diskussionen zu haben. Es hat jedenfalls die Einladung zum PEK-Symposium abgelehnt und sich kürzlich auch geweigert, seine Politik an einem Informationsanlass der Zürcher Woodtli-Schulen zu erläutern. Weshalb, konnte der BAGInformationsdienst gestern nicht erklären.

Laut Schuldirektorin Sandra Blum waren etliche angefragte Befürworter von Couchepins Entscheid aus Medizin und Politik nicht bereit, ihren Kopf dafür hinzuhalten.

© **Tages-Anzeiger**

Krankenversicherung

«Die Homöopathie spart 60 Millionen»

Im Streit um die sanfte Medizin schlagen die Homöopathen zurück. Ihre Methode sei viel billiger als die Schulmedizin, besagt eine bisher unveröffentlichte Studie.

Von Peter Burkhardt

Dass die Alternativmedizin die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit erfülle, könne wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden. So begründete Gesundheitsminister Pascal Couchepin im Juni den Rauswurf der Homöopathie und vier weiterer komplementärmedizinischer Heilmethoden aus dem Pflichtleistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Magisches Denken vorgeworfen

Couchepin stützte sich dabei unter anderem auf eine Studie der Universität Bern, die der Homöopathie vorwirft, sie beruhe auf einem Placebo-Effekt. Dass homöopathische Mittel wirkten, lasse sich nicht beweisen, schrieben die Forscher vom Berner Institut für Sozial- und Präventivmedizin. Die in der Praxis nachgewiesenen positiven Behandlungsergebnisse seien womöglich auf den starken Glauben von Therapeut und Patient an die Wirksamkeit der verschriebenen Mittel zurückzuführen. Den homöopathischen Chügeli einen spezifischen Effekt zuzuschreiben, gehöre «in den Bereich des magischen Denkens», hatte einer der Co-Autoren im August verlauten lassen.

«Das Papier nicht wert»

«Eine Frechheit» findet Peter Mattmann, homöopathisch tätiger Hausarzt in Kriens. Der sonst so ruhige 57-Jährige kommt in Fahrt, wenn er mit den Resultaten der Berner Studie konfrontiert wird. «Sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurde.» Die Berner Wissenschaftler hätten einen völlig falschen methodischen Ansatz gewählt, welcher der Homöopathie nicht gerecht werde. Ihre Studie sei mit grundlegenden Fehlern behaftet, die Aussagekraft sei gleich null.

Harte Worte, doch Mattmann findet noch härtere, und zwar für die Bundesbehörden: Die von ihm mitverfasste Hauptstudie sei vom Bundesamt für Gesundheit unter dem Deckel gehalten und von Bundesrat Couchepin ignoriert worden. In der Tat hatte das Bundesamt den Komplementärmedizinern im April unter Androhung rechtlicher Schritte verboten, die Resultate des Programms Evaluation Komplementärmedizin (PEK) an einer Tagung an der Universität Bern zu veröffentlichen. Das Programm hatte der Bund 1999 in Auftrag gegeben, und gestützt auf die Resultate hatte Pascal Couchepin seinen Entscheid über die alternativen Heilmethoden getroffen.

«Homöopathie am günstigsten»

Im Rahmen des Evaluationsprogramms wirkte Mattmann als Mitautor zweier Teilstudien zur Homöopathie und sass in der Expertengruppe, die das Programm von Anfang an begleitete. Gleichzeitig arbeitete er als verantwortlicher Redaktor den Antrag des Schweizerischen Vereins homöopathischer Ärzte und Ärztinnen an die eidgenössische Leistungskommission aus. Diese hatte den Gesundheitsminister vor seinem abschlägigen Entscheid beraten.

"Eine homöopathische Praxis verursacht nur die Hälfte der Kosten einer durchschnittlichen Grundversorgerpraxis." STUDIE DES HOMÖOPATHEN-VERBANDES

Die bislang unveröffentlichte Studie des Homöopathenverbandes, die dieser Zeitung vorliegt, kommt zu diametral entgegengesetzten Schlüssen als die Berner Unimediziner: «Die Homöopathie ist nicht nur die am meisten verbreitete komplementärmedizinische Methode, sie ist auch die mit Abstand günstigste Grundversorgerinstitution», lautet die Schlussfolgerung. Und weiter: «Eine homöopathische Praxis verursacht (pro Patient) nur die Hälfte der Kosten einer durchschnittlichen Grundversorgerpraxis.»

Billiger trotz chronisch Kranker

Konkret arbeiten gemäss der Studie die 269 homöopathischen Ärztinnen und Ärzte mit Fachausweis bezogen auf die Durchschnittskosten pro Arztpraxisum 90 bis 100 Millionen Franken günstiger als die konventionellen Grundversorger. Homöopathisch behandelte Patienten würden deutlich weniger hospitalisiert, beanspruchten weniger teure Spezialbehandlungen und litten weniger an Nebenwirkungen als Patienten, die sich der Schulmedizin anvertrauen. Dies alles, obwohl die Homöopathen häufiger schwer und chronisch kranke Patienten behandelten als die konventionellen Praktiker. «Vergleicht man die Kosten pro Patient, sparen wir gegenüber der Schulmedizin rund 60 Millionen Franken ein», sagt Peter Mattmann.

Diesem Resultat wurde im PEK–Schlussbericht allerdings widersprochen: Gegenüber der konventionellen Medizin seien die komplementärmedizinischen Methoden praktisch gleich teuer, hiess es darin.

Auch Wirksamkeit nachgewiesen

Wie auch immer: Gemäss Krankenversicherungsgesetz muss eine Heilmethode nicht nur wirtschaftlich, sondern auch wirksam und zweckmässig sein, damit sie von der Grundversicherung bezahlt wird. Auch zu diesen beiden Punkten äussert sich Mattmanns Studie: Zweckmässig sei die Homöopathie nur schon darum, weil sie ungefährlicher und der Bedarf nachgewiesen sei. Zur Wirksamkeit hatte das Forschungszentrum für orthopädische Chirurgie der Universität Bern überdies mehr als 6000 Patientinnen und Patienten befragt, wie zufrieden sie mit dem Ergebnis ihrer Behandlung waren. Das Resultat: Die klassische Homöopathie erzielt im Urteil der Patienten fast durchwegs ein besseres Ergebnis als die Schulmedizin. Einzig bei der telefonischen Erreichbarkeit schlossen die Alternativmediziner schlechter ab.

Kein Hokuspokus

«Ein solch positives Resultat ist mit einer unwirksamen Methode nicht erreichbar, ob man nun an ihre Wirksamkeit glaubt oder nicht», argumentiert Peter Mattmann. «Wir haben wissenschaftlich einwandfrei den Nachweis geliefert, dass wir keinen Voodoo machen», schiebt der Krienser Arzt nach. Und prognostiziert, die Kostenexplosion im Schweizer Gesundheitswesen werde ewig so weitergehen, wenn die Schulmedizin blind sei für andere, wirksame Methoden. «Unser Gesundheitswesen ist so teuer, weil man 40 bis 50 Prozent der Fälle mit einer ungenügenden Methode behandelt.»

© **Neue Luzerner Zeitung**